Nr. 572. — Zweites Blatt.

Verantwortl. Redakteur: R. O. Köhler in Stettin.
Verleger und Drucker: R. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3—4.

Bezugspreis:
in Stettin monatlich 50 Pf., mit Botenlohn 70 Pf.,
in Deutschland vierteljährlich 1 Mk. 50 Pf., mit Botenlohn 2 Mk.

Anzeigen: die Kleinzeile oder deren Raum im Morgenblatt 15 Pf., im Abendblatt und Reklamen 30 Pf.

Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Mittwoch, 7. Dezember 1898.

Annahme von Anzeigen Kohlmarkt 10 und Kirchplatz 3.

Vertretung in Deutschland: In allen größeren Städten Deutschlands: R. Mosse, Haasenstein & Vogler, G. L. Daube, Invalidendank. Berlin Bernh. Arndt, Max Gerstmann. Elberfeld W. Thienes. Halle a. S. Jul. Barck & Co. Hamburg William Wilkens. In Berlin, Hamburg und Frankfurt a. M. Heinr. Eisler. Kopenhagen Aug. J. Wolff & Co.

Die Militär-Vorlage.

Der Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Friedenspräsenzstärke des deutschen Heeres, lautet:

Artikel I.

§ 1. Der Artikel I des Gesetzes, betreffend die Friedenspräsenzstärke des deutschen Heeres vom 3. August 1893 bleibt mit den durch das Gesetz vom 28. Juli 1896 bestimmten Aenderungen bis zum 30. September 1899 in Kraft.

§ 2. Vom 1. Oktober 1899 ab wird die Friedenspräsenzstärke des deutschen Heeres als Jahresdurchschnittsstärke allmälig derart erhöht, daß sie im Laufe des Rechnungsjahres 1902 die Zahl von 502 506 Gemeinen, Gefreiten und Obergefreiten erreicht und in dieser Höhe bis zum 31. März 1904 bestehen bleibt. An der Friedenspräsenzstärke sind die Bundesstaaten mit eigener Militärverwaltung nach Maßgabe der Bevölkerungsziffer betheiligt. Die Einjährig-Freiwilligen kommen auf die Friedenspräsenzstärke nicht in Anrechnung. In offenen Unteroffizierstellen dürfen Gemeine nicht verpflegt werden.

§ 3. In Verbindung mit der durch § 2 bezeichneten Erhöhung der Friedenspräsenzstärke ist die Zahl der vorhandenen Formationen so zu vermehren, daß am Schlusse des Rechnungsjahrs 1902 bestehen:

bei der Infanterie . . .	625	Bataillone,
„ „ Kavallerie . . .	482	Eskadrons,
„ „ Feldartillerie . .	574	Batterien,
„ „ Fußartillerie . .	38	Bataillone,
„ den Pionieren . . .	26	Bataillone,
„ „ Verkehrstruppen .	11	Bataillone,
„ dem Train	23	Bataillone.

§ 4. In den einzelnen Rechnungsjahren unterliegt die Erhöhung der Friedenspräsenzstärke nach Maßgabe des § 2 dieses Gesetzes, ebenso wie die Zahl der Stellen für Offiziere, Aerzte, Beamte und Unteroffiziere der Feststellung durch den Reichshaushaltsetat.

Artikel II.

Für die Zeit vom 1. April 1899 bis zum 31. März 1904 gilt bezüglich der Dienstpflicht Folgendes: Die Bestimmungen der §§ 1, 2 und 4 des Artikels II des Gesetzes, betreffend die Friedenspräsenzstärke des deutschen Heeres, vom 3. August 1893 bleiben in Kraft. Der § 3 erhält folgende Fassung: § 3. Mannschaften der Fußtruppen, der fahrenden Feldartillerie und des Trains, welche freiwillig, und Mannschaften der Kavallerie und reitenden Artillerie, welche gemäß ihrer Dienstverpflichtung im stehenden Heere drei Jahre aktiv gedient haben, dienen in der Landwehr ersten Aufgebots nur drei Jahre.

Artikel III.

Gegenwärtiges Gesetz kommt in Baiern nach näherer Bestimmung des Bündnißvertrages vom 23. November 1870 unter III § 5, in Würtemberg nach näherer Bestimmung der Militärkonvention vom 21./25. November 1870 zur Anwendung.

Aus der Begründung der Militärvorlage theilen wir Folgendes mit: Die Verhältnisse, die vor 5 Jahren die Verstärkung unserer Armee nothwendig machten, haben sich nicht geändert. Nach wie vor ist Deutschland in Folge seiner geographischen Lage bedroht, die Rüstungen der Nachbarstaaten sind auch in der Zwischenzeit planmäßig und mit einem großen Aufwande von Mitteln fortgesetzt worden. Zwar bietet die Friedenskundgebung seiner Majestät des Kaisers von Rußland die Gewähr, daß zur Zeit ein Angriffskrieg von dieser Seite nicht beabsichtigt wird, aber eine Abrüstung ist nirgends erfolgt und unter den jetzigen Verhältnissen auch kaum zu erwarten. Mit erschreckender Klarheit hat der Verlauf des spanisch-amerikanischen Krieges den Beweis geliefert, wie schwer der Mangel einer sorgsamen und planmäßigen Kriegsvorbereitung im Frieden sich rächt; kein Volk kann sie entbehren, wenn es Ansehen und Besitzstand behaupten will. So wird auch in Zukunft der Grundsatz in Geltung bleiben, daß ein starkes, wohlorganisirtes Heer der feste Eckpfeiler des Staates und zugleich die sicherste Bürgschaft des Friedens ist. Unsere Nachbarstaaten Frankreich und das europäische Rußland arbeiten rastlos an der Vervollkommnung ihres Heerwesens. Sie haben, in Verbindung mit einer weit höheren Friedenspräsenzstärke als die unserige, ihr jährliches Rekrutenkontingent auf 250 000 und 300 000 Mann gesteigert, während in Deutschland die etatsmäßige Rekrutenzahl nur etwa 227 000 Köpfe beträgt. Ihre Kriegsorganisation ist in den letzten Jahren vielfach wesentlich erweitert worden, in Deutschland hat nur durch Umformung der vierten Bataillone der Infanterieregimenter 1897 ein vereinzelter Schritt in dieser Richtung stattgefunden. Demgegenüber lehrt die Erfahrung, daß bei allen Waffen sich im Laufe der Zeit Mängel und Lücken herausgestellt, welche beseitigt werden müssen, wenn nicht die Leistungsfähigkeit und Gefechtskraft nach und nach gelähmt werden sollen. Aenderungen und Ergänzungen der Formationen sind deshalb das Kennzeichen eines gesunden, sich innerlich festigenden Heeresorganismus, ein Stillstand in dieser Entwicklung führt schließlich zum Verfall und damit im Ernstfalle zu schweren Rückschlägen. Wenn wir uns daher der Nothwendigkeit nicht verschließen dürfen, daß zur Erhaltung der Schlagfertigkeit unseres Heeres organisatorische Maßnahmen getroffen werden müssen, so bietet doch die gegenwärtige politische und militärische Lage die Möglichkeit, von dem System plötzlicher erheblicher Heeresverstärkungen abzugehen und statt dessen einen planmäßigen, ruhigen Ausbau ins Auge zu fassen. Hierin liegt ein wesentlicher Fortschritt gegenüber der Vergangenheit, sowohl in volkswirthschaftlicher als auch in militärischer Beziehung. Der vorliegende Gesetzentwurf behält zwar die Feststellung der Friedenspräsenzstärke auf einen fünfjährigen Zeitraum bei, denn eine solche Bemessung auf längere Zeit kann nicht entbehrt werden, wenn die Stetigkeit der Heereseinrichtungen und die Durchführung der als erforderlich erkannten Maßregeln gesichert sein soll; aber er vertheilt diese auf mehrere Jahre und unterstellt sie der jährlichen Bewilligung durch den Etat.

Hinsichtlich der Dauer der aktiven Dienstzeit sind die Bestimmungen des Gesetzes vom 3. August 1893 aufrecht erhalten; sie soll bis auf Weiteres bei den Fußtruppen, der fahrenden Feldartillerie und dem Train nur zwei Jahre betragen. Dank dem unermüdlichen Eifer des Lehrpersonals und der bereitwilligen Gewährung von Mitteln für die Ausbildung der Truppen ist es gelungen, trotz der verkürzten Dienstzeit die Anforderungen des Friedensdienstes vorläufig zu erfüllen. Dies ist auch für die Zukunft zu hoffen, wenn die beabsichtigten Verbesserungen unseres Heerwesens Annahme finden. Voraussetzung ist hierbei allerdings, daß Offiziere wie Unteroffiziere den erhöhten Ansprüchen dauernd gewachsen bleiben und daß besonders die Ausstattung der Armee mit großen Uebungsplätzen beschleunigt wird. Ueber die Wirkung der verkürzten Dienstzeit auf die militärische Leistungsfähigkeit des Beurlaubtenstandes liegen zur Zeit ausreichende Erfahrungen nicht vor. Die Stärke unserer Kavallerie ist seit mehr als 30 Jahren unverändert geblieben, obwohl ihre Aufgaben stets schwieriger und die Kriegsformationen der anderen Waffen immer zahlreicher geworden sind. Die Neubildung von Regimentern aus Reservisten im Kriegsfalle vermag diesem Uebelstande nicht abzuhelfen. Wir brauchen zur Ausstattung unserer Armeekorps festgefügte Truppentheile, die im Frieden durchgebildet und kriegsfähig sind. Namentlich in den Grenzbezirken gegenüber den Kavalleriemassen jenseits unserer Grenzen ist die Bereitstellung einer zahlreichen Kavallerie zur Ausübung des Grenzschutzes und zur Deckung des Aufmarsches nicht zu entbehren. Wenn trotz der so empfindlichen Lücken nur 10 neue Eskadrons aufgestellt werden sollen, so waren hierfür lediglich Ersparnißrücksichten maßgebend. Um die Kosten zu verringern und dennoch das Ziel, die Schaffung kriegsbrauchbarer Truppentheile, zu erreichen, sollen außer je einer Eskadron Jäger zu Pferde in Baiern und Sachsen nur drei preußische Kavallerie-Regimenter gebildet werden. Zugleich hat die Heeresverwaltung sich entschlossen, nicht allein diese Regimenter versuchsweise nur zu 4 Eskadrons aufzustellen, sondern auch zu ihrer Bildung den größten Theil der in Preußen bestehenden Detachements Jäger zu Pferde zu verwenden, so sehr zu bedauern ist, daß in Folge dessen auf ihre ausgezeichneten Leistungen im Melde- und Ordonnanzdienste nach Maßgabe ihrer bisherigen Organisation verzichtet werden muß. Eine gründliche Aenderung der Organisation der Feldartillerie ist seit lange angestrebt und nunmehr nach ihrer Neubewaffnung unabweisbar geworden. Ihre Regimenter sind ganz verschieden zusammengesetzt und erfahrungsmäßig zu groß, als daß eine durchgreifende Einwirkung des Kommandeurs sich überall geltend machen könnte. Bei einer Mobilmachung müssen sie zerrissen und neue Truppentheile formirt werden; sie treten gleichzeitig in Kommandoverbände ein, mit denen sie im Frieden keinerlei Verbindung hatten. Sollen die hieraus sich ergebenden schweren Uebelstände beseitigt werden, so bedarf es einer strafferen, gleichmäßigen Organisation und ihrer Anpassung an diejenige der anderen Waffen. Im Zusammenhange hiermit steht die beantragte Vermehrung der Zahl unserer Batterien. Je mehr wir darauf verzichten, unseren etwaigen Gegnern in der Kopfstärke unseres Heeres und in der Menge der Formationen gleichkommen zu wollen, desto zwingender ist die Nothwendigkeit, letzteren durch Zutheilung einer starken, allen Aufgaben gewachsenen Artillerie dasjenige Maß von Kraft und innerer Festigkeit zu geben, das selbst gegen die Ueberlegenheit an Zahl zum Siege führt. Aus diesem Grunde ist beabsichtigt, zur erfolgreichen Bekämpfung befestigter Stellungen, in denen feindliche Heere uns im Felde voraussichtlich gegenübertreten werden, und zur wesentlichen Erhöhung der Wirkung der Flachbahngeschütze an den entscheidenden Punkten überhaupt die Feldartillerie durch eine Anzahl von Haubitzbatterien zu verstärken. Bei der Fußartillerie wird nur eine geringe, aus Mobilmachungsrücksichten gebotene Vermehrung, bei den Pionieren und dem Train die Errichtung der den neuen Armeekorps zuzutheilenden Formationen beantragt.

Die Fortschritte auf allen Gebieten der Technik machen sich auch in der vielseitigeren Gestaltung der Kriegsmittel geltend; in ihrer Vervollkommnung und Ausnutzung dürfen wir nicht zurückbleiben. Die Eisenbahn- und Luftschiffertruppen bedürfen daher in gewissem Umfang einer Verstärkung, wenn die Bereitstellung eines ausreichenden und geschulten Personals für den Kriegsfall gesichert sein soll. Ebenso läßt sich die Bildung besonderer Formationen für den Feldtelegraphendienst nicht mehr verzögern. Bei dem Anwachsen der Heeresmassen ist ihre Leitung ohne telegraphische Verbindungen nicht durchführbar. Ihre Herstellung, Instandsetzung und Bedienung erfordert ein durchaus zuverlässiges Personal, welches ausschließlich für diesen Dienst ausgebildet werden muß und zur Zeit nicht vorhanden ist. Die Versuche auf diesem Gebiete, für welche durch die Reichshaushaltsetats der letzten Jahre Geldmittel bewilligt wurden, haben zu befriedigenden Ergebnissen geführt und für die vorgeschlagene Organisation die Grundlagen geliefert.

Schließlich sind einige Etatserhöhungen für die Bezirkskommandos und Bekleidungsämter erforderlich geworden, theils um dem zunehmenden Bedürfnisse der ersteren nach Vermehrung ihrer Arbeitskräfte zu genügen, theils um die Infanterie von Kommandos, welche ihre Ausbildung beeinträchtigen, zu entlasten.

Die Kosten der sämtlichen Maßnahmen belaufen sich fortdauernd anschlaggemäß im Ganzen auf 27 388 000 Mark jährlich; hiervon sollen jedoch für 1899 nur 6 991 000 Mark gefordert werden, während der Rest sich auf die Jahre 1900—1903 vertheilt. Die einmaligen Ausgaben sind geschätzt im Ganzen auf 132 778 000 Mark.

Aus dem Reiche.

Der **Kaiser** und die **Kaiserin** werden voraussichtlich der am Sonntag, den 11. d. Mts., Vormittags 10 Uhr stattfindenden Einweihung der Trinitatiskirche in Charlottenburg beiwohnen. Eine Ehrenkompagnie des Regiments Königin Elisabeth mit Fahne und Regimentsmusik, sowie den direkten Vorgesetzten wird vor der Kirche Aufstellung nehmen; das 2. Garde-Ulanen-Regiment wird eine Eskorte zur Begleitung des Kaisers und der Kaiserin stellen. — Im Reichsetat wird behufs Errichtung eines siebenten Zivilsenats beim **Reichsgericht** die Einstellung von sieben weiteren Rathsstellen und eines Senatspräsidenten in Vorschlag gebracht. — Wie der „Bresl. Ztg." von gut unterrichteter Seite mitgetheilt wird, haben Ende vorigen Monats auf preußischem Boden in Gegenwart eines hohen russischen Generalstabsoffiziers Vermessungen stattgefunden, welche darauf hinzudeuten scheinen, daß der Weiterbau der **Breslau-Warschauer Eisenbahn** gesichert erscheint. Es soll von Warschau aus eine Bahn mit breiter russischer Spurweite, und zwar ohne Anlehnung an die Linie der Warschau-Wiener Bahn über Lodz-Sieradz auf der einen Seite nach Kalisch mit Fortsetzung nach Skulmierzize-Ostrowo, andererseits nach Wieruszow (Wilhelmsbrück)-Kempen-Oels gebaut werden, durch welch letztere Strecke die so lang ersehnte Fortsetzung der Breslau-Warschauer Eisenbahn endlich perfekt sein würde. Der Bau der Eisenbahn soll bereits im Laufe der nächsten Wochen in Angriff genommen werden. — Die „Schlesw.-Holst. Volksztg." schreibt: Vor etwa 2½ Monaten brannte das **Schulhaus in Blickstedt** ab, und seit dieser Zeit erhalten die dortigen Kinder, etwa sechzig Schüler, keinen Schulunterricht. Der Wulfshagener Gutsherr, der von Wohlwollen gegen den kleinen Mann und den Mittelstand überfließende Graf Reventlow, erachtet es nicht für nöthig, der verwaisten Schule ein neues Heim anzuweisen. Der Lehrer ist seit dem Brande auf Halbsold gesetzt und wohnt mit seinen eigenen zehn Kindern in einer Dorfkathe. Graf Reventlow hat zwar den Versuch gemacht, die Blickstedter Schuljugend in den benachbarten Dörfern unterzubringen, doch ist dies nicht gelungen, da der Graf nichts bezahlen wollte. Die benachbarte Gemeinde Tüttendorf hat sich bereit erklärt, die Kinder aufzunehmen, falls der Graf die erforderlichen Schulbänke liefere. Das soll die Gutsherrschaft gleichfalls abgelehnt haben.

Deutschland.

Berlin, 7. Dezember. In den meisten Erörterungen der Presse über die gestrige Thronrede wird deren ungewöhnliche Länge hervorgehoben. Den Umstand, daß zu dieser namentlich die eingehende Betrachtung über die Palästinareise des Kaisers beigetragen hat, veranlaßt ein hiesiges Blatt zu der Vermuthung, es werde aus dem Reichstag die Uebernahme der Kosten dieser Reise auf die Reichskasse beantragt werden. Die „Frankf. Ztg." glaubt aber, eine früher laut gewordene, von uns als unglaubwürdig nicht erwähnte Angabe bestätigen zu können, wonach dem preußischen Landtag eine Vorlage wegen Deckung der Kosten der Reise zugehen soll. Vermißt wird mehrfach die Ankündigung eines Entwurfs, durch den die Verständigung mit Baiern über das Reichsmilitärgericht in die gesetzliche Form gebracht würde. Erwähnenswerth ist die vom Ton früherer Zeiten abstechende, entgegenkommende Art, wie die „Germania" sich über die politisch bedeutsamsten Aufgaben der Session äußert; das klerikale Blatt schreibt: Wenn in der Presse bisher die Militärvorlage und der „Gesetzentwurf zum Schutze des gewerblichen Arbeitsverhältnisses" besonders hervorgehoben wurde, so geschah dies wohl mit Rücksicht darauf, daß gerade diese beiden Vorlagen einen „Konfliktsstoff" in sich schließen sollen. Man wird jedoch gut thun, erst die Vorlagen selbst abzuwarten, um über dieselben ein Urtheil zu fällen. Auch die Thronrede giebt für die Beurtheilung keine genügende Unterlage. Wenn es darin heißt, daß das Koalitionsrecht der Arbeiter unangetastet bleiben soll, so wird sich ja die Erwägung nicht absolut von der Hand weisen lassen, zu prüfen, ob nicht bei voller Wahrung der Koalitionsfreiheit dem Streik-Terrorismus durch schärfere Strafbestimmungen entgegengetreten werden kann." Das entgegenkommende Verhalten des Zentrums in den Fragen, in denen es früher von vornherein eine oppositionelle Haltung einzunehmen pflegte, ist der bezeichnende Zug der inneren politischen Lage beim Beginn der Session. Die Nützlichkeit eines solchen Verhaltens dieser Partei für die Erledigung der vorliegenden Aufgaben ist außer Zweifel; nicht minder aber die Nothwendigkeit, gegen die Konsequenzen auf anderen Gebieten auf der Hut zu sein; in dieser Beziehung sind klerikale Unvorsichtigkeiten, wie der gestrige höhnische Rath der „Germ.", die für eine evangelische Kirche in Dar-es-Salaam gesammelten Geldmiitel fstr „einen anderen wohlthätigen Zweck" zu verwenden, eine Warnung.

— Der dem Reichstage zugegangene Gesetzentwurf, betreffend die Aufnahme einer Anleihe für Zwecke der Verwaltungen des Reichsheeres, der Marine und der Reichseisenbahnen, lautet: § 1. Der Reichskanzler wird ermächtigt, die außerordentlichen Geldmittel, welche in dem Reichshaushaltsetat für das Rechnungsjahr 1899 zur Bestreitung einmaliger Ausgaben der Verwaltungen des Reichsheeres, der Marine und der Reichseisenbahnen mit 89 921 189 Mark vorgesehen sind, bis zur Höhe dieses Betrages im Wege des Kredits flüssig zu machen und zu diesem Zwecke in dem Nominalbetrage, wie er zur Beschaffung jener Summe erforderlich sein wird, eine verzinsliche, nach den Bestimmungen des Gesetzes vom 19. Juni 1868 (Bundesgesetzbl. S. 339) zu verwaltende Anleihe aufzunehmen und Schatzanweisungen auszugeben. § 2. Die Bestimmungen in den §§ 2 bis 5 des Gesetzes vom 27. Januar 1875, betreffend die Aufnahme einer Anleihe für Zwecke der Marine- und Telegraphenverwaltung (Reichsgesetzbl. S. 18), finden anf die nach dem gegenwärtigen Gesetz aufzunehmende Anleihe und auszugebenden Schatzanweisungen mit der Maßgabe Anwendung, daß Zinsscheine auch für einen längeren Zeitraum als vier Jahre ausgegeben werden dürfen.

Die dem Entwurfe beigegebene Begründung hat folgenden Wortlaut: Der vorliegende Gesetzentwurf schließt sich den gleichartigen, mit Bezug anf den Reichshaushaltsetat vorgelegten früheren Entwürfen insofern an, als er die gesetzliche Grundlage für die Aufnahme derjenigen Anleihemittel zu schaffen bestimmt ist, welche in dem Reichshaushaltsetat für 1899 in Kapitel 23 Titel 1 der Einnahme eingestellt und zur Bestreitung der in der Erläuterung zu diesem Titel bezeichneten Ausgaben dienen sollen.

— Die freisinnige Volkspartei und die deutsche Volkspartei haben beschlossen, gleichzeitig mit den agrarischen Interpellationen drei andere Interpellationen unter dieselben Materien zur gleichzeitigen Berathung einzubringen. Dieselben lauten: I. 1. Ist der Herr Reichskanzler bereit, Auskunft darüber zu geben, in welchem Umfange der Mangel einer Produktenbörse in Berlin, sowie das Verbot börsenmäßiger Termingeschäfte in Getreide durch Erschwerung des Getreideverkehrs im Allgemeinen und einer naturgemäßen Preisbildung im Besonderen die Interessen der Produzenten und Konsumenten benachtheiligt haben? 2. Ist der Herr Reichskanzler bereit, Auskunft darüber zu geben, ob ihm bekannt ist, in wie großem Umfange das Reichsbörsengesetz durch Erschwerung der Termingeschäfte zur Vermehrung der Kassengeschäfte und damit zur Steigerung des Geldbedarfs und zur Erhöhung des Bankdiskonts der Reichsbank beigetragen hat? II. Ist der Herr Reichskanzler bereit, Auskunft darüber zu geben, warum die Viehsperren gegen das Ausland in einem durch Seuchengefahren nicht entfernt bedingten Umfange aufrecht erhalten werden? Ist der Herr Reichskanzler bereit, Auskunft darüber zu geben, welche Maßnahmen die Regierungen ergreifen, um der herrschenden Fleischtheuerung entgegenzuwirken, zumal gegenüber der Thatsache, daß nach den Ergebnissen der reichsamtlichen Statistik eine Vermehrung der Viehbestände im deutschen Reich und der Fleischeinfuhr in das Reichsgebiet nicht einmal im Verhältniß zur Vermehrung und noch weniger entsprechend dem gesteigerten Fleischbedarf desselben stattgefunden hat? III. Ist der Herr Reichskanzler bereit, Auskunft darüber zu geben, ob und inwieweit der derzeitige hohe Bankdiskonto der deutschen Reichsbank, abgesehen von anderen klar zu Tage liegenden Gründen der allgemeinen wirthschaftlichen Entwickelung, theilweise auch veranlaßt ist durch die seitens der preußischen Staatsregierung beziehungsweise der preußischen Zentralgenossenschaftskasse in den letzten Jahren geförderten treibhausartigen Gründungen von ländlichen Kreditgenossenschaften, darunter auch von „Pumpgenossenschaften" bedenklichster Art?

— Die nationalliberale Fraktion des Reichstages hat sich in einer am Montag stattgehabten Fraktionssitzung konstituirt. In den Vorstand wurden gewählt die Abgeordneten Bassermann, Dr. Blankenhorn, Büsing, Dr. Deinhardt, Dr. Hasse, Freiherr v. Heyl, Möller, Dr. Paasche und Dr. Sattler. In die Fraktionsliste haben sich bisher 47 Mitglieder eingeschrieben. Nach einer Gedächtnißfeier für den Fürsten Bismarck und den Abgeordneten v. Cuny wurden zwei Initiativanträge beschlossen. Der erste, ein Antrag des Freiherrn v. Heyl, will die verbündeten Regierungen ersuchen, auf Grund der Artikel 4 und 9 der Reichsverfassung eine Reichskommission einzusetzen, welche den Zustand der mehreren Staaten gemeinsamen Wasserstraßen und zwar mit Rücksicht auf die gesundheitlichen Verhältnisse der angrenzenden Städte und Orte und der Schiffer, sowie mit Rücksicht auf die Fischzucht zu beaufsichtigen hätte. Der zweite, vom Abgeordneten Bassermann eingebrachte Antrag lautet: Inländische Vereine jeder Art dürfen mit einander in Verbindung treten. Entgegengesetzte landesgesetzliche Bestimmungen sind aufgehoben.

— Der neue Reichstag zählt nicht weniger als 167 neugewählte neben 230 bisherigen Abgeordneten. Unter den 167 haben aber 19 schon früher ein Reichstagsmandat besessen.

— Zu den Anhängern der katholischen Kirche, die, wie Professor Schell, die Freiheit im Katholizismus verlangen, ist in letzter Zeit auch der ausgezeichnete Volksschriftsteller Heinrich Hansjakob getreten. Der katholische Schriftsteller schreibt in seinem neuesten Buche „Erinnerungen einer alten Schwarzwälderin":

„Ich weiß, daß es Leute giebt, die mich nicht für gut katholisch halten, weil ich noch eine eigene Meinung habe in Dingen, über die jeder Katholik frei denken und frei reden kann und darf. Ich lasse mich nicht bevormunden von diesen oder jenen Parteiführern oder von diesen und jenen Zeitungsschreibern, die Tag für Tag unzähligen Katholiken vorsagen, was sie zu reden und wie sie zu denken haben über Tagesfragen, Zeitbedürfnisse und Zeitverhältnisse. Zu diesen Unmündigen, die heute so und morgen anders reden und denken, wie es ihnen eben vorgemacht wird, gehöre ich nicht und will ich nicht gehören. Auch zu jenen Leuten zähle ich mich nicht, die Alles und Jedes, was von den höheren Organen der Kirche ausgeht und verordnet wird, für weise und zeitgemäß halten und zu Allem in Demuth schweigen oder gar noch Lob singen. Allerdings ist man heut zu Tage in den Augen vieler Leute nicht mehr katholisch, wenn man nicht zu jenen Unmündigen, blind Gehorsamen und Alles Hinnehmenden gehört. Ich habe aber vom Katholizismus eine andere und bessere Auffassung. Er soll und will nicht Unmündige und Sklaven heranziehen, sondern freie, selbstbewußte Kinder Gottes. Denn das echte Christenthum ist Wahrheit und Freiheit und nicht Knechtschaft und Geistlosigkeit. Die Zukunft gehört mehr als bisher der Religion. Und es wäre drum so leicht in unseren Tagen, einer echt christlichen und echt katholischen Weltanschauung eine Gasse zu machen, wenn man die Gläubigen nicht taxiren und behandeln wollte nach dem Grade ihrer Unterwürfigkeit und ihres Gehorsams in Dingen, die nicht zum Wesen des Christenthums gehören. Und ich meine, daß nicht Jene die guten Katholiken sind, die zu Allem Ja und Amen sagen, sondern Jene, die trauern, daß in unseren Tagen so Manches geschieht, was den wahren Interessen der Religion und der Kirche schadet. Freilich habe ich es schon oft bedauert, eine eigene Meinung zu haben. Man macht sich dadurch unnöthige Feinde, und die Dingen gehen doch wie sie gehen, weil die Mehrheit der Menschen eben gewöhnt ist, sich führen und leiten und sich Alles gefallen lassen, und weil sie drum Jeden scheel ansieht und für einen Ketzer hält, der nicht genau so thut und denkt wie sie. Da, wo die meisten Menschen auf Stelzen laufen, gelten diejenigen, so sicher und weise zu Fuß gehen, für Narren. Und wo bei einer Heerde das Schaf, das sich etwas freier bewegt, mit Hundegebell und Peitschenhieben behandelt wird, ist es nicht gescheit, eine andere Meinung zu haben als die Majorität."

Der Freiburger Stadtpfarrer, der wohl aus Erfahrung zu diesem resignirten Schlusse gekommen ist, endet denn auch seine Ausführungen mit dem derben Satze: „Drum hab ich mir auch schon oft laut selbst zugerufen: Du bist ein Esel und ein Narr!" Und von der Wahrheitsliebe meint er noch elegischer: „Es ist ein schönes, ein ideales Wort der heiligen Schrift, das da heißt: Die Wahrheit wird euch frei machen. Aber ich meine, die Wahrheit macht auf dieser lumpigen Erde Märtyrer, Gefangene und arme Teufel, die Lüge aber und das Geld, die machen freie, angesehene und mächtige Menschen."

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 6. Dezember. Der „N. Fr. Pr." zufolge glaubt man in den Kreisen der deutschen Opposition, daß die Anfragen Jaworskis und Engels, sowie die Antwort des Grafen Thun über die Ausweisungen der österreichischen Slaven aus Preußen nicht als zufällige und vereinzelte Erscheinungen aufzufassen sind, sondern daß sie sich als Einzeloperationen eines von einem Punkt aus geleiteten Vorstoßes des Klerikalismus und des Slavismus gegen das Deutschthum darstellen. Es ist vielfach aufgefallen, das Abg. Rutowski gestern an die Regierung eine Anfrage über ein bisher unbekanntes Ereigniß, daß sich während der Anwesenheit des deutschen Kaisers in Beirut abgespielt haben soll, richtete. Es war nicht bekannt, daß diese Mittheilungen in einem Blatte erschienen seien, und die über deren Herkunft angestellten Nachforschungen ergaben, daß Rutowski seine Nachrichten vom Handelsminister Dipauli erhalten habe, der sich sodann über diese Sache durch den polnischen Abgeordneten interpelliren ließ. Die Schlußfolgerungen sind unschwer zu ziehen. Im Abgeordnetenhause brachte übrigens Dr. Groß die Antwort Thuns auf die Anfragen Jaworskis und Engels über die Ausweisungen österreichischer Staatsangehöriger aus Preußen zur Sprache, indem er die Eröffnung der Erörterung über die Antwort beantragte, was die Mehrheit mit 166 gegen 124 St. in namentlicher Abstimmung ablehnte. Groß sagte in der Begründung seines Antrages: „Ich glaube nicht, daß als Graf Thun drohte, nöthigen Falls entsprechende Gegenmaßnahmen anzuwenden, er sich über die Tragweite dieser Worte auch nur im entferntesten klar war. Wir haben hier mit einer jener Taktlosigkeiten des Ministerpräsidenten zu thun, an die wir leider schon gewöhnt sind! Wir müssen uns über solche Taktlosigkeiten hinwegsetzen, wenn sie auf Oesterreich beschränkt bleiben, wenn z. B. der Ministerpräsident Herrn Abrahamowicz, Potoczek u. dergl. zu allerhöchsten Auszeichnungen vorschlägt und so die Novemberhelden glorifizirt. Wir dürfen uns aber über die Taktlosigkeit nicht mit Stillschweigen hinwegsetzen, wenn wir dadurch dem Auslande gegenüber kompromittirt erscheinen, wenn Aeußerungen fallen, die einem eng verbündeten Staate gegenüber gewiß nicht berechtigt sind." Redner erklärte dann, er sei überzeugt, daß die gemeinsame Regierung zu der Aeußerung Thuns nicht ihre Zustimmung ertheilte. Die Aeußerungen eines „pygmäischen staatsmännischen Dilettanten" können zwar das Werk großer Staatsmänner nicht erschüttern, doch müsse auch das geringste, was gegen das deutsch-österreichische Bündniß, das für die Deutschen Oesterreichs Herzenssache sei, unternommen werde, auf das entschiedenste zurückgewiesen werden. Der Rede Groß' folgte ein Beifallssturm links. Sodann brachte auch Iro dieselbe Angelegenheit, fortwährend vom Präsidenten unterbrochen, vor, der ihn wiederholt zur Sache rief und ihm schließlich das Wort entzog. Schönerer beklagte sich hierauf über das Vorgehen des Präsidenten gegen Iro, der zur Stellung der Anfrage ebenso wie Groß berechtigt war. Ferner fragte Schönerer den Präsidenten, ob er beim Kaiser Audienz erbitten wolle, um darzulegen, daß geordnete Zustände erst wieder angebahnt werden können, wenn die Sprachenverordnungen verschwunden sein werden. Der Präsident rechtfertigte sein Vorgehen gegen Iro unter heftigen Angriffen der Schönerianer. In Folge dessen entstanden große Tumulte. Schönerer rief: „Einem solchen Präsidenten gegenüber ist alles erlaubt" und warf dem Präsidenten Lüge vor. Damit schloß der bewegte Zwischenfall ab. Schließlich erklärte der Obmann des Mißbilligungsausschusses, daß die Angelegenheit Pferche-Herold friedlich beigelegt sei.

Pest, 6. Dezember. Die der liberalen Partei drohende Krise soll beschworen werden. Tisza bietet Alles auf, um Banffy zu halten, er brachte heute Abend im liberalen Klub einen Antrag ein, wonach die Regierung ermächtigt wird, falls die Indemnität und Ausgleichsverlängerung nicht bis Jahresschluß beschlossen wird, außerhalb der Verfassung Verfügungen zu treffen. Tisza begründet den Vorschlag mit der Staatsnothwendigkeit. Der Ausweg dürfte über augenblickliche Verlegenheit hinweg helfen, bedeutet jedoch eine sonst konstitutionelle Erschütterung.

Frankreich.

Paris, 6. Dezember. Der Kassationshof verhörte heute den Untersuchungsrichter Bertulus. Der Kassationshof wird voraussichtlich den Kompetenzeinwurf Picquarts weder verwerfen, noch für zutreffend erklären, sondern einfach in Berücksichtigung ziehen (die juridische Formel lautet: soit communiqué), was schon die Vertagung des Prozesses erzwingt.

England.

London, 6. Dezember. Der Korrespondent des „Reuterschen Bureaus" in Liverpool hat die briefliche Mittheilung erhalten von einer Schlappe, welche eine kleine Abtheilung der britischen Truppen am Niger in der Nähe von Yelwa, halbwegs zwischen Jebba und Ilo erlitten. Der kommandirende Lieutenant und ein Korporal sind gefallen und außerdem noch vierzehn Mann der eingeborenen Truppen. Die Abtheilung machte eben den Versuch, einen eingeborenen Häuptling dazu zu bewegen, Kanoes zum Transport von Lebensmitteln auszurüsten, als sie von den Eingeborenen überfallen wurde. Zur Züchtigung für den Ueberfall ging später eine Truppenabtheilung nach dem Thatorte ab. Der Leichnam des Lieutenants wurde gefunden. Wie das „Reuter'sche Bureau" durch das Kolonialamt erfährt, hat die Regierung Meldungen erhalten, welche diese Nachrichten bestätigen.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 7. Dezember. Während gestern Herr Vent namens des Vereins „Fortschritt" im „General-Anzeiger" eine Inserte erließ, in welcher er die „Liberalen" aufforderte, in der Stadtverordneten-Stichwahl im ersten Wahlbezirk der dritten Abtheilung für die sozialdemokra-

tischen Kandidaten Herbert und Kuntze zu stimmen, erlassen die sozialdemokratischen Führer im „Volksboten" einen Aufruf, in welchem sie ihrerseits auffordern, im siebenten Wahlbezirk für den „liberalen" Rektor Lindemann zu stimmen. Danach scheint es also, als wäre der Schacher um die Mandate für die Stadtverordnetenversammlung zwischen der Sozialdemokratie und einem Theil der „Liberalen" bereits abgeschlossen! Wer sich entsinnt, wie Herr Herbert über solchen „Kuhhandel" seiner Zeit hergezogen hat, der wird sich der Heiterkeit nicht erwehren können, daß Herr Herbert sich jetzt selbst trotzdem auf diesen „Kuhhandel" eingelassen hat!

Die Anhänger der Vereinigung unabhängiger Stadtverordneten haben dem gegenüber die Aufgabe, erst recht auf dem Posten zu sein, um auch trotz dieser Konstellation ihren Kandidaten, sowohl im ersten als auch im siebenten Wahlbezirke zum Siege zu verhelfen. Wie wir von mehreren Seiten hören, liegen die Aussichten in beiden Wahlbezirken auch trotz dieses Zusammengehens eines Theils der „Liberalen" und der Sozialdemokraten nicht ungünstig. Vor allem wird sich fragen, wie viel von den „vereinigten liberalen Bürgern" sich denn auf diesen „Kuhhandel" einlassen und für die Sozialdemokraten stimmen werden! Einzelne derselben werden freilich mit ihrem Gewissen leicht fertig werden, und sich mit allerlei Redensarten entschuldigen, wie etwa: es käme doch gar nicht darauf an, ob zwei Sozialdemokraten mit in der Stadtverordnetenversammlung säßen! Wenn es den Herren dann nur nicht geht, wie dem Zauberlehrling:

Die ich rief die Geister,
Werd' ich nun nicht los!

Es scheint uns doch nicht gut denkbar, daß die Sozialdemokraten so sehr mit dem Magistrat gehen. Wenn sozialdemokratische Stadtverordnete den Erwartungen ihrer Wähler auch nur einigermaßen entsprechen wollen, dürften sie sich doch in der Opposition befinden müssen; und die Herren „Liberalen", welche jetzt so bereitwillig nach den sozialdemokratischen Krücken greifen, um Herrn Lindemann in die Stadtverordneten-Versammlung hineinzubringen, dürften bald die Erfahrung machen, daß sie lediglich die jetzige bürgerparteiliche Opposition mit der wahrscheinlich sehr viel schärferen sozialdemokratischen Opposition eingetauscht haben!

Aber auch davon abgesehen, würden die „vereinigten liberalen Bürger" durch ein Bündniß mit der Sozialdemokratie geradezu va banque! spielen. Wir wollen nicht besonders darauf hinweisen, daß, wenn sich jetzt ein größerer Theil der „vereinigten liberalen Bürger" von den nationalen bürgerlichen Parteien trennen würde, um der Sozialdemokratie Vorspann zu leisten, dies auch auf etwaige spätere politische Wahlen einen Schatten werfen könnte, der eine Wiederwahl Brömels mindestens sehr unwahrscheinlich machen dürfte! Die „Liberalen" haben noch vor Kurzem die Zusammengehörigkeit aller nationalen bürgerlichen Parteien so stark betont, daß sie sich nicht wundern können, wenn für den Fall, daß ein größerer Theil von ihnen jetzt von den nationalen bürgerlichen Parteien abschwenken sollte, auch diese in Zukunft nicht mehr den Liberalen Folgschaft leisten werden! Aber selbst bei den Stadtverordnetenwahlen liegt die Sache für die „vereinigten liberalen Bürger" äußerst gefährdet! Das Stimmenverhältniß der beiden sich bisher in der Stadtverordnetenversammlung gegenüberstehenden Parteien hat sich in dem zweiten Wahlbezirk der zweiten Abtheilung so gestellt, daß nur noch eine Differenz von zwanzig Stimmen zu Gunsten der „vereinigten liberalen Bürger" besteht. Es ist aber offenes Geheimniß, daß von den 206 Stimmen, welche hier auf die Kandidaten der „vereinigten liberalen Bürger" gefallen sind, mindestens 60 einer Gruppe von Herren angehört, welche in politischer Hinsicht sehr gemäßigt denken, und die zwar diesmal für die „liberalen" Kandidaten gestimmt haben, aber ein Bündniß mit der Sozialdemokratie niemals vergeben würden! Die „vereinigten liberalen Bürger" würden daher hier ihren Gegnern geradezu selbst die Waffe in die Hand drücken, um diese auch den zweiten Wahlbezirk der zweiten Abtheilung ebenso definitiv zu erobern, als sie den ersten bereits erobert haben. Die Wirkung würde sogar mit auf die erste Abtheilung hinüberspielen, denn es dürfte doch fraglich sein, ob Herren wie Schlutow, Griebel, Tetzlaff u. s. w. noch ferner Gemeinschaft mit Liberalen haben wollen, welche die Zusammengehörigkeit der nationalen bürgerlichen Parteien soweit verleugnen, daß sie der Sozialdemokratie Vorschub leisten.

Nun könnte die Sache ja allerdings so gedreht werden, daß nicht ein Komitee auffordert, für die Sozialdemokratie zu stimmen, sondern daß man nur eine geheime Ordre ausgiebt und so thut, als überlasse man lediglich dem Einzelnen die Verantwortung dafür, sozialdemokratisch zu stimmen. Glücklicher Weise ist die Wahl ja aber öffentlich und läßt sich daher sofort feststellen, ein wie großer Bruchtheil der „vereinigten liberalen Bürger" sozialdemokratisch stimmt, und ebenso aus dem Resultat leicht beurtheilen, ob eine Geheimordre vorgelegen hat oder nicht.

Wir können daher immer noch nicht glauben, daß ein größerer Theil der „vereinigten liberalen Bürger" ein solches va banque!-Spiel ihrer Partei mitmachen wird. Haben die Sozialdemokraten u. A. ja auch auf ihr Programm die Verweigerung aller Mittel für „sogenannte patriotische Feste" geschrieben! Ja, wollen denn die „vereinigten liberalen Bürger" wirklich vergessen, daß es hauptsächlich dem Eingreifen Seiner Majestät des Kaisers zu danken ist, wenn Stettin jetzt eine Vertiefung der Fahrwasserrinne auf 7 Meter erhält, wenn die Stadt die Schlächterwiese zu einem annehmbaren Preise hat kaufen können, wenn die Baggerungen im städtischen Hafengebiete zu ganz außerordentlich billigen Bedingungen vom Staate ausgeführt sind? Wollen sie wirklich bei dieser Sachlage mit Leuten Gemeinschaft haben, welche für den Dank der Stadt gelegentlich eines Festes, wie wir es vor Kurzem bei der Hafeneinweihung gesehen haben, keinerlei Mittel bewilligen wollen? Glauben Sie wirklich, daß damit das Wohl der Stadt Stettin gefördert und gehoben werden könnte!

— Die Rangliste der Kaiserlich deutschen Marine für das Jahr 1899 ist soeben im Verlage von Mittler u. Sohn in Berlin erschienen und bietet ein zuverlässiges Nachschlagebuch für alle Verhältnisse der Marine. Die Liste ist bis zum 30. November d. J. abgeschlossen.

— Nach dem amtlichen Verzeichniß der Studirenden der Universität Greifswald beträgt die Gesamtzahl der immatrikulirten Studirenden in diesem Wintersemester zuzüglich derjenigen 24, welche die Erlaubniß zum Hören der Vorlesungen vom Rektor erhalten haben, 799. Die theologische Fakultät zählt 205 (darunter 52 Nichtpreußen), die juristische Fakultät 177 (darunter 15 Nichtpreußen), die medizinische Fakultät 284 (darunter 23 Nichtpreußen), die philosophische Fakultät zählt 109 (darunter 13 Nichtpreußen). Auf die Provinz Pommern entfallen 214, auf Brandenburg 87, auf Schlesien 70, Westfalen 66 Studirende. Das Ausland ist mit folgenden Zahlen betheiligt: Rußland 4, Ungarn und Mähren 4, England 3, Schweiz 2, Serbien 1, ferner Afrika, Asien und Australien je 1. Im Sommersemester 1898 zählte die Greifswalder Universität 878 Studirende.

— Ueber das Vermögen der Kauffrau Auguste Mendelsohn, hierselbst, im alten Rathhaus, ist als Inhaberin der Firma Benno Schlewinsky das Konkursverfahren eröffnet worden. Anmeldefrist: 5. Februar.

* Auf dem heutigen Wochenmarkte wurden für Fleisch folgende Preise erzielt: Rindfleisch: Keule 1,40, Filet 2,00, Vorderfleisch 1,20 Mark; Schweinefleisch: Karbonade 1,80, Schinken 1,50, Bauch 1,40 Mark; Kalbfleisch: Kotelettes 1,80, Keule 1,50, Vorderfleisch 1,20 Mark; Hammelfleisch: Rippen 1,40, Keule 1,40, Vorderfleisch 1,20 Mark; geräucherter Speck (ausgewogen) 2,00 Mark per Kilo. Geringere Fleischsorten waren 10 bis 20 Pfg. billiger. — Von den zu Markt gebrachten Gänsen wurden kleinere Bratgänse mit 50—55 Pf. das Pfund bezahlt, schwere Exemplare erzielten bis zu 60 Pf., Fettgänse bis zu 65 Pf. per Pfund.

* Als Weihnachtsgaben befinden sich bereits in den Theatern Märchenaufführungen in Vorbereitung; das Stadttheater hat für den Zweck „Aschenbrödel" ausersehen, in Bellevue dagegen ist die Wahl auf Hauf's Dichtung „Zwerg Nase" gefallen; die Titelrolle in letzterem Stück wird durch den vom Vorjahre her vortheilhaft bekannten Zwergkomiker Jean Brégant gegeben.

— Konzert. Eine ebenso würdige als künstlerisch bemerkenswerthe Bismarckfeier hatte der Schütz'sche Musikverein am Dienstag Abend im großen Konzerthaussaal veranstaltet. Zur Aufführung gelangte „Eroica", Sinfonie von Beethoven, „Bismarckhymne" für Soli, Chor und Orchester von Seidel, drei à capella-Chöre: „Jung Bismarck" und „Drei Ehrenmale" von Seidel, „Die Trompete von Gravelotte" von Hegar und „Siegesgesang der Deutschen" für Chor und Orchester v. Becker. Beethovens herrliches Meisterwerk wurde unter der temperamentvollen Leitung des Herrn Rob. Seidel von der Kapelle des Königsregiments ganz vorzüglich zu Gehör gebracht. Der Sängerchor und die Solistin Frl. Fromm entledigten sich der ihnen gestellten Aufgaben mit bestem Gelingen. Das sehr zahlreich erschienene Publikum lauschte mit großem Interesse und spendete jeder Nummer des Programms reichen Beifall. Der Schütz'sche Musik-Verein und sein trefflicher Dirigent, Herr Robert Seidel, welcher in diesem Konzert sich auch als tüchtiger Komponist bewährt hat, können stolz sein auf den Erfolg des Abends.

— Am Sonntag hatten wir Gelegenheit, in der Bürgerlichen Ressource das von Herrn Musikdirektor Pelz gebildete Streichquartett zu hören. Herr Pelz, welcher früher lange Jahre mit bestem Erfolge Quartett-Soireen veranstaltet hat, hat sich, vielfachen Anregungen folgend, jetzt wieder zur Bildung eines Streichquartetts entschlossen. Dasselbe besteht aus den Herren Musikdirektor Gustav Pelz, Hans Pelz, Ernst Hartwig und Paul Möricke. In dem oben erwähnten Konzert brachten die Herren: Quartett G-dur von Haydn, Variationen a. d. A-dur-Quartett von Beethoven und Quartett B-dur Nr. 3 von Mozart ganz vorzüglich zu Gehör. Sämtliche Stücke wurden schön und sauber gespielt und zeugten von sehr fleißigem Studium. Lebhafter Beifall wurde den Ausführenden zu Theil und veranlaßte sie zu mehreren Zugaben, u. A. „Märchenzauber" von Komça, welches auf stürmisches Verlangen wiederholt werden mußte.

— Im Saale der „Philharmonie" hatte gestern Abend die „Pommersche Gastwirthe-Vereinigung" eine Veranstaltung zum Besten der Fach- und Fortbildungsschule, arrangirt, welche trotz der Nähe des Festes recht gut besucht war, den instrumentalen Theil führte die Kapelle des 148. Infanterie-Regiments unter Leitung des Herrn Kapellmeisters Triebel in sehr gelungener Weise aus und verdiente den ihr gespendeten Beifall in reichem Maße. Besondere Anerkennung gebührt auch den Solisten der Kapelle für ihre Vorträge, Herr Schwotzer spielte ein Konzert für Klarinette, die Herren Döring und Diertz eine Konzert-Polka für 2 Trompeten. Nach dem Konzert wurde von den Mitgliedern der Vereinigung ein lustiger Schwank aus dem Gastwirthsleben „Der überlistete Schwiegerpapa" recht flott zur Aufführung gebracht; den Schluß bildete ein Tanzkränzchen.

* Auf dem Boden IV des Zentralgüterbahnhofes wurde eine Kiste mit Damenkonfektion erbrochen und daraus ein Damenmantel nebst Pelerine entwendet. Der Mantel ohne Kragen wurde zwischen anderen Frachtkisten versteckt aufgefunden, wo ihn der Dieb jedenfalls verwahren wollte, bis sich eine geeignete Gelegenheit zum Fortschaffen des Stückes bieten würde, die Pelerine ist verschwunden.

* Aus einem Restaurant am Augustaplatz wurde einem Gaste der Ueberzieher gestohlen. — Eine Gänsediebin wurde heute Mittag an der grünen Schanze auf frischer That ertappt; die Frau hatte sich von einem Wagen, dessen Besitzer gerade anderweit beschäftigt war, eine Gans heruntergelangt und wollte sich mit dem billigen Braten davonmachen, als sie angehalten wurde. Ein Schutzmann veranlaßte alsbald die nothwendigen Feststellungen.

Wahl-Manöver.

Wir erhalten folgende Zuschrift:

Der Vorstand des Vereins „Fortschritt" ersucht die Mitglieder, Parteigenossen und liberalen Männer des 1. Wahlbezirks der 3. Abtheilung (Lastadie-Unterstadt-Unterwiek), am Montag bei der Stichwahl für die Sozialdemokraten Herren Herbert und Kunze und gegen die bisherigen Stadtverordneten Herren Krause und Dr. Graßmann zu stimmen!! Weshalb? Angeblich um die Majorität der „Hausbesitzerpartei" zu brechen. Weshalb diese Majorität (die übrigens gar nicht vorhanden ist) gebrochen werden muß, darüber schweigt sich der geehrte „Fortschritt" sehr vielsagend aus. Wir gestatten uns deshalb einige neugierige Fragen: Ist es dem „Fortschritt" unangenehm, daß die Partei, welcher die Herren Krause und Dr. Graßmann angehören, nun schon 2 Jahre für Ermäßigung der Steuern gesorgt hat? Ist es dem „Fortschritt" unangenehm, daß dieselben Herren beim Erwerb von Ländereien dem Stadtsäckel Hunderttausende von Mark erspart haben? Ist es dem „Fortschritt" unangenehm, daß die Partei der „unabhängigen Stadtverordneten" ohne Widerspruch die großen Summen für die neuen Hafenanlagen, für die Verbreiterung der Oder, für die Verbreiterung des Dunzigs, für die Verbreiterung des Oder-Dunzig-Kanals, für die Beseitigung des Bleichholms 2c. 2c. bewilligt und der Uebernahme der Zinsgarantie für den Berlin-Stettiner Großschifffahrtsweg einstimmig zugestimmt hat? Es war ja längst bekannt, daß ein Mitglied des „Fortschritt" im 1. Wahlbezirk für die Sozialdemokratie agitirt, aber es ist auch ebenso bekannt, daß dieser Herr bei dem gesunden Sinn der Wähler kein Glück gehabt hat. Indeß, was liegt dem „Fortschritt" an der Wahl der Herren Herbert und Kunze? Gar nichts!! Absolut gar nichts!! Die Herren wollen ja lediglich im 7. Wahlbezirk ihren Freund Lindemann durch haben und, da dies aus eigener Kraft nicht möglich ist, verspricht der „Fortschritt" den Sozialdemokraten die Unterstützung im 1. Wahlbezirk, obwohl den Herren bekannt ist, daß kaum ein Dutzend ihrer Vereinsmitglieder in diesem Bezirk zu wählen hat, und obwohl die Herren wissen, daß die übrigen Wähler des Bezirks ihnen keine nennenswerthe Gefolgschaft leisten. Aber nur heran, ihr Herren Sozialdemokraten, sorgt dafür, daß die „Unabhängigen" in die Minderheit versetzt werden und macht am Abend des Stichwahltages ein — langes Gesicht, weil ihr gündlich hineingefallen seid!! Die Falle ist fertig — laßt euch fangen!!!

Und nun noch ein Wort an den „Wahlausschuß „vereinigter" liberaler Bürger". Haben sich, nachdem jetzt Bruder „Fortschritt" anscheinend seine eigenen Wege geht, die „liberalen" Bürger „verunneinigt" oder „geeinigt"? Billigt der „Wahlausschuß „vereinigter" liberaler Bürger" das Vorgehen des „Fortschritts"? Wollen dieselben Herren, die vor wenig Monaten bei der Reichstagswahl alle nationaldenkenden Bürger Stettins beschworen, wie ein Mann gegen die Sozialdemokratie sich zu erheben und einem Kandidaten der bürgerlichen Parteien zum Siege zu verhelfen, jetzt der großen Masse der Stettiner Reichstagswähler dadurch danken, daß sie Sozialdemokraten zu Stadtverordneten wählen, um eine bürgerliche Partei zu unterdrücken?? Der Wahlausschuß „vereinigter liberaler Bürger" wird der Stettiner Bürgerschaft hierauf Antwort geben müssen.

Inzwischen hat übrigens die Sozialdemokratie in die ihr vom Fortschritt gebotene Hand eingeschlagen und ihre Anhänger aufgefordert, im 7. Wahlbezirk für Herrn Rektor Lindemann zu stimmen. Die Herren Herbert, Rektor Lindemann und Kunze sind jetzt also Kandidaten des **fortschrittlich-sozialdemokratischen Kartells**, worauf die Bürger Stettins, insbesondere die Wähler im 1. und 7. Wahlbezirk, aufmerksam gemacht werden!

Aus den Provinzen.

† **Stargard**, 6. Dezember. Karl Meißner, der Inhaber der hiesigen Bankfirma Karl und Willy Meißner, ist flüchtig geworden. Die Familie desselben sucht einen Akkord mit den zahlreichen Gläubigern herbeizuführen. Eine große Masse fremder Effekten, die Meißner im Depot hatte, sind in Berlin lombardirt.

* **Kolberg**, 6. Dezember. Auf dem Wege zwischen Triente und Damitz wurde die Leiche eines Mannes mit zwei Stichen in der Seite gefunden. Die Untersuchung ist eingeleitet und dürfte den Fall aufklären. In der Tasche des Todten fand sich u. a. ein Portemonnaie mit 25 Mark Inhalt.

§ **Lauenburg i. Pomm.**, 6. Dezember. Ueber das Vermögen des Kaufmanns Karl Frank, hierselbst, ist das Konkursverfahren eröffnet. Anmeldefrist 1. Februar.

Gerichts-Zeitung.

§ **Köslin**, 6. Dezember. Von der Steafkammer des hiesigen Landgerichts wurde die Arbeiterfrau Pauline Schulz aus Zanow wegen Mißhandlung ihres eigenen 8 Jahre alten Sohnes zu 2 Monaten Gefängniß verurtheilt. Der Knabe mußte täglich schon Morgens 5 Uhr aufstehen, um durch Kleben von Streichholzschachteln mit zum Verdienst der Familie beizutragen, wenn derselbe dann Abends um 8 Uhr, von Müdigkeit überwältigt, einschlief, wurde er von der Mutter in rohester Weise gemißhandelt. Der Staatsanwalt hatte 1 Jahr Gefängniß beantragt.

Breslau, 6. Dezember. Die hiesige Strafkammer verurtheilte den Schutzmann Schütz wegen Mißhandlung und widerrechtlicher Verhaftung des Barbiers Gayer von hier zu neun Monaten Gefängniß.

Schiffsnachrichten.

— In Folge eines zwischen der „International Navigation Company" (American Line) und der „Hamburg-Amerika-Linie" abgeschlossenen Vertrages erhalten die Passage-Billets der beiden Gesellschaften im Schnelldampfer-Verkehr nach und von Nordamerika gegenseitige Gültigkeit.

Kiel, 6. Dezember. Als das Panzerschiff „Beowulf" nach seiner Rückkehr vom Torpedoschießen im Innenhafen an seiner Boje festmachen wollte, kenterte der Kutter. Von der aus 10 Mann bestehenden Besatzung wurden 8 gerettet; ertrunken sind die Matrosen Krüger und Weißmann.

Hamburg, 6. Dezember. [Neueste Nachrichten über die Bewegungen der Dampfer der Hamburg-Amerika-Linie.]

„Ambria", 2. Dez. 9 Uhr Vm. von Baltimore nach Hamburg. „Ascania", von St. Thomas nach Hamburg, 5. Dez. 2 Uhr Vm. in Havre. „Assyria", von Baltimore nach Hamburg, 5. Dez. 7 Uhr Vm. Kuxhafen passirt. „Asturia", auf der Ausreise, 5. Dez. in Singapore. „Australia", von St. Thomas, 5. Dez. Vm. in Hamburg. „Auguste Victoria", 5. Dez. 7 Uhr Vm. in Newyork. „Bohemia", von Philadelphia, 4. Dez. Vm. in Hamburg. „Bulgaria", 3. Dez. 11 Uhr Vm. von Newyork nach Hamburg. „Castilia", 3. Dez. in St. Thomas. „Cheruskia", von Hamburg nach West-Indien, 5. Dez. 2 Uhr Nm. von Havre. „Christiania", 5. Dez. 10 Uhr Vm. von Portland (Maine) nach Hamburg. „Croatia", 2. Dez. in St. Thomas. „Deike Rickmers", 3. Dez. 10 Uhr Vm. von Newyork via Kopenhagen nach Stettin. „Galicia", von Hamburg nach West-Indien, 4. Dez. 2 Uhr Nm. von Havre. „Palatia", von Hamburg nach Newyork, 5. Dez. 8 Uhr 30 Min. Nm. Dover passirt. „Phoenicia", 4. Dezember 5 Uhr Vm. in Newyork. „Pretoria", von Newyork nach Hamburg, 2. Dez. 12 Uhr Mittags Kuxhafen passirt. „Strathgarry", von Hamburg nach Baltimore, 2. Dez. 7 Uhr Nm. von Philadelphia. „Syria", 4. Dezember 1 Uhr Nm. von Pensacola nach Hamburg.

Bremen, 6. Dezember. [Schiffsbewegungen des Norddeutschen Lloyd.] „Habsburg", 5. Dezember St. Catherines Point passirt. „Königin Louise", 5. Dezember Reise von Suez nach Australien fortgesetzt. „Oldenburg", 5. Dezember Prawle Point passirt. „Baiern", 5. Dezember in Hongkong angekommen. „Bremen", 5. Dezember in Adelaide angekommen.

Börsen-Berichte.

Stettin, 7. Dezember. Wetter: Heiter. Temperatur + 6 Grad Reaumur. Barometer 763 Millimeter. Wind: SSW.

Spiritus per 100 Liter à 100 % loko 70er 37,70 G.

Landmarkt.

Weizen 158,00 bis 160,00. Roggen 144,00 bis 146,00. Gerste 138,00 bis 146,00. Hafer 142,00 bis 145,00. Heu 2,50 bis 3,00. Stroh 25 bis 30. Kartoffeln 36 bis 42 per 24 Zentner.

Berlin, 7. Dezember. In Getreide 2c. fanden keine Notirungen statt.

Spiritus loko 70er amtlich 38,50, loko 50er amtlich 58,00.

London, 7. Dezember. Wetter: Regen.

Berlin, 7. Dezember. Schluß-Kourse.

Preuß. Consols 4%	101,20	London kurz	—,—
do. do. 3½%	101,25	London lang	—,—
do. do. 3%	94,90	Amsterdam kurz	—,—
Dtsch. Reichsanl. 3%	94,25	Paris kurz	—,—
Pom. Pfandb. 3½%	98,70	Belgien kurz	—,—
do. do. 3%	89,50	Berl. Dampfmühlen	130,75
do. Neul. Pfd. 3½%	98,30	Neue Dampf.-Comp. (Stettin)	106,75
3% neuländ. Pfdbr.	89,00	Chamotte-Fabr. A.-G. vorm. Didier	427,00
Centrallandschaft-Pfandbr. 3½%	99,25	„Union", Fabr. chem. Produkte	140,10
do. 3%	89,40	Varziner Papierfabr.	199,75
Italienische Rente	94,00	Stöwer, Nähmasch. u. Fahrrad-Werke	166,00
do. 3% Eisb.-Obl.	59,70	4% Hamb. Hyp.-Bank b. 1900 unk.	100,00
Ungar. Goldrente	101,70	3½% Hamb. Hyp.-B. unk. b. 1905	99,00
Rumän. 1881er am. Rente	100,20	Stett. Stdtanl. 3½%	—,—
Serb. 4% 95er Rente	58,90	**Ultimo-Kourse:**	
Griech. 5% Goldr. von 1890	40,60	Disc.-Commandit	195,90
Rum. am. Rente 4%	92,20	Berl. Handels-Ges.	165,10
Mexikan. 6% Goldr.	99,60	Oesterr. Credit	225,40
Oesterr. Banknoten	169,35	Dynamite Trust	177,40
Russ. Bankn. Cassa	216,45	Bochumer Gußstahlf.	219,25
do. do. Ultimo	216,50	Laurahütte	209,25
Gr. Russ. Zollcoup.	323,50	Harpener	176,75
Franz. Banknoten	80,85	Hibernia, Bergw.-Gesellschaft	196,70
National-Hyp.-Cred.-Ges. (100) 4½%	97,10	Dortmunder Union Littr. C.	96,10
do. (100) 4%	—,—	Ostpreuß. Südbahn	93,60
do. (100) 4%	—,—	Marienburg-Mlawka-bahn	83,40
do. unkb. b. 1905 (100) 3½%	—,—	Norddeutscher Lloyd	113,00
Pr. Hyp.-A.-B. (100) 4% V.—VI Em.	100,00	Lombarden	29,60
Stett. Vulc.-Aktien Littr. B.	218,60	Franzosen	153,25
Stett. Vulc.-Prior.	218,60	Luxemburg. Prince-Henribahn	103,50
Stett. Straßenbahn	164,50		
Petersburg kurz	—,—		
Warschau kurz	215,85		

Tendenz: Fest.

Paris, 6. Dezember, Nachmittags. (Schluß-Kourse.) Behauptet.

	6.	5.
3% Franz. Rente	102,77	102,82
5% Ital. Rente	95,35	95,60
Portugiesen	23,70	23,90
Portugiesische Tabaksoblig.	477,00	—,—
4% Rumänier	93,20	93,10
4% Russen de 1889	—,—	—,—
3% Russen de 1894	—,—	—,—
4½% Russ. Anl.	—,—	100,60
4% Russen (neue)	95,55	95,50
3% Serben	59,80	—,—
4% Spanier äußere Anleihe	41,60	41,70
Convert. Türken	23,00	23,00
Türkische Loose	113,00	113,00
4% türk. Pr.-Obligationen	—,—	477,00
Tabacs Ottom.	280,00	282,00
4% ungar. Goldrente	102,80	—,—
Meridional-Aktien	690,00	693,00
Oesterreichische Staatsbahn	—,—	781,00
Lombarden	—,—	—,—
B. de France	3650	—,—
B. de Paris	948,00	950,00
Banque ottomane	558,00	556,00
Credit Lyonnais	867,00	866,00
Debeers	677,00	674,00
Langl. Estrat.	—,—	—,—
Rio Tinto-Aktien	759,00	761,00
Robinson-Aktien	224,00	225,00
Suezkanal-Aktien	3664	3673
Wechsel auf Amsterdam kurz	206,75	206,75
do. auf deutsche Plätze 3 M.	$122\frac{3}{16}$	122,37
do. auf Italien	6,62	6,50
do. auf London kurz	25,32	25,31½
Cheque auf London	25,32	25,32
do. auf Madrid kurz	363,00	361,40
do. auf Wien kurz	207,50	207,50
Huanchaca	—,—	—,—
Privatdiskont	—,—	—,—

Hamburg, 6. Dezember, Nachm. 3 Uhr. Kaffee. (Nachmittagsbericht.) Good average Santos per Dezember 31,00 G., per März 31,75 G., per Mai 32,00 G., per September 32,75 G.

Hamburg, 6. Dezember, Nachm. 3 Uhr. Zucker. (Nachmittagsbericht.) Rüben-Rohzucker 1. Prod. Basis 88 pCt. Rendement, neue Usance, frei an Bord Hamburg, per Dezember 10,15, per Januar 10,15, per März 10,27½, per Mai 10,35, per August 10,57½, per Oktober 9,75. Ruhig.

Bremen, 6. Dezember. (Börsen-Schlußber.) Raffinirtes Petroleum. [Offizielle Notirung der Bremer Petroleum-Börse.] Loko 6,90 B. Schmalz fest. Wilcox 28¼ Pf., Armour shield 28¼ Pf., Cudahy 29 Pf., Choice-Grocery 29 Pf., White label 29 Pf. — Speck fest. Short clear middl. loko 28 Pf. — Reis stetig. — Kaffee zieml. fest. — Baumwolle stetig. Upland middl. loko 29 Pf.

Amsterdam, 6. Dezember. Bancazinn 49,12.

Amsterdam, 6. Dezember. Java-Kaffee good ordinary 32,00.

Amsterdam, 6. Dezember, Nachm. Getreidemarkt. Weizen auf Termine ruhig, per März 176,00, per Mai 177,00. Roggen loko —, do. auf Termine ruhig, per März 145,00, per Mai 140,00. Rüböl loko —,—, per Mai —,—.

Antwerpen, 6. Dezember. Getreidemarkt. Weizen flau. Roggen ruhig. Hafer behauptet. Gerste fest.

Antwerpen, 6. Dezember, Nachm. 2 Uhr. Petroleum. (Schlußbericht.) Raffinirtes Type weiß loko 19,62 bez. u. B., per Dezember 19,62 B., per Januar 19,62 B., per März 19,75 B. Fest.

Schmalz per Dezember 68,50.

Paris, 6. Dezember. (Schluß.) Rohzucker ruhig, 88 pCt. loko 30,00 bis 31,00. Weißer Zucker ruhig, Nr. 3 per 100 Kilogramm per Dezember 31,62, per Januar 31,75, per März-Juni 32,62, per Mai-August 33,00.

Paris, 6. Dezember. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen beh., per Dezember 21,40, per Januar 21,10, per Januar-April 21,15, per März-Juni 21,30. Roggen ruhig, per Dezember 14,60, per März-Juni 14,50. Mehl beh., per Dezember 46,00, per Januar 45,55, per Januar-April 45,60, per März-Juni 45,70. Rüböl ruhig, per Dezember 51,50, per Januar 51,75, per Januar-April 52,25, per Mai-August 52,75. Spiritus ruhig, per Dezember 44,25, per Januar 44,50, per Januar-April 44,75, per Mai-August 44,50. — Wetter: Schön.

Havre, 6. Dezember, Vorm. 10 Uhr 30 Min. (Telegramm der Hamburger Firma Peimann, Ziegler & Co.) Kaffee good average Santos per Dezember 38,25, per März 38,75, per Mai 39,50. Ruhig.

London, 6. Dezember. 96% Javazucker loko 12,25 fest, Rüben-Rohzucker loko 10 Sh. 1 d. Käufer, stetig.

London, 6. Dezember. Chili-Kupfer 55,12, per drei Monate 55,12.

Hull, 6. Dezember. Getreidemarkt. Weizen fest, unverändert. Wetter: Regenschauer.

Liverpool, 6. Dezember. Getreidemarkt. Weizen, Mehl und Mais ½ d. niedriger. Wetter: Trübe.

Glasgow, 6. Dezember. (Schluß.) Roheisen. Mixed numbers warrants 49 Sh. ½ d. Warrants Middlesborough III. 44 Sh. 9 d.

Newyork, 6. Dezember. (Anfangskourse.) Weizen per Mai 70,87. Mais per Mai 39,62.

Newyork, 6. Dezember, Abends 6 Uhr.

	6.	5.
Baumwolle in Newyork	5,62	5,62
do. Lieferung per Dezember	—,—	5,43
do. Lieferung per Februar	—,—	5,46
do. in Neworleans	5,00	5,00
Petroleum, raff. (in Cases)	8,05	8,05
Standard white in Newyork	7,30	7,30
do. in Philadelphia	7,25	7,25
Credit Calances at Oil City	115,00	115,00
Schmalz Western steam	5,35	5,37½
do. Rohe und Brothers	5,60	5,60
Zucker Fair refining Moscovados	$3\frac{15}{16}$	$3\frac{15}{16}$
Weizen stetig.		
Rother Winterweizen loko	76,12	76,00
per Dezember	72,62	72,75
per Januar	73,12	—,—
per März	73,75	73,87
per Mai	70,62	70,75
Kaffee Rio Nr. 7 loko	6,37	6,37
per Januar	5,45	5,45
per März	5,65	5,65
Mehl (Spring-Wheat clears)	2,65	2,65
Mais stetig,		
per Dezember	39,00	39,25
per März	—,—	—,—
per Mai	39,25	39,62
Kupfer	13,00	13,00
Zinn	18,10	18,00
Getreidefracht nach Liverpool	4,75	4,75

Chicago, 6. Dezember.

	6.	5.
Weizen stetig, per Dezember	64,75	65,12
per Mai	65,75	66,00
Mais stetig, per Dezember	33,00	33,25
Pork per Januar	9,27½	9,32½
Speck short clear	5,00	5,00

Woll-Berichte.

London, 6. Dezember. Wollauktion. Preise fest.

Wasserstand.

* **Stettin**, 7. Dezember. Im Revier 5,15 Meter = 16' 5".

Telegraphische Depeschen.

Berlin, 7. Dezember. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat gestern den bisherigen Vorstand wiedergewählt und beschlossen, bei der heutigen Wahl der Vizepräsidenten selbstständig vorzugehen und im ersten Wahlgang für Singer zu stimmen. Als Schriftführer wird die Fraktion Schippel vorschlagen. Ferner wurde beschlossen, die früheren Anträge auf obligatorische Einführung der Gewerbegerichte, Beseitigung des Majestätsbeleidigungsparagraphen, Einführung eines Reichsberggesetzes und des Achtstunden-Arbeitstages wieder einzubringen. Ebenso wird eine Resolution eingebracht, in der die Ausdehnung der Gewerbe-Inspektion verlangt wird.

Haag, 7. Dezember. Ein sozialistisches Meeting über die Affaire der Gebrüder Hogerhui, welche die holländische Dreyfusaffaire genannt wird, fand gestern Abend in Helden statt. Die Debatte verlief sehr stürmisch und entstand ein heftiger Wortwechsel zwischen den Anhängern und Gegnern der Gebrüder.

Paris, 7. Dezember. Der Präsident Faure hatte gestern eine längere Unterredung mit dem Ministerpräsidenten Dupuy, wobei ganz besonders die Folgen des Antrages Picquart, betreffs Regelung der Richterfrage, erwogen wurden. Es ist zweifellos, daß die Nationalisten und Anhänger des Generalstabs, unterstützt von den Antisemiten und Royalisten eine letzte Massenkundgebung veranstalten werden für den Fall, daß der Kassationshof Picquart dem Militärgericht entziehen sollte. Es ist daher nicht unwahrscheinlich, daß die Garnison von Paris von Neuem bedeutend verstärkt werden wird, um für jedes Ereigniß gerüstet zu sein. Die laufende Woche wird jedenfalls reich an wichtigen Begebenheiten sein.

Paris, 7. Dezember. Der General Dossé, Präsident des zweiten Kriegsgerichts über Picquart, hat gestern Nachmittag den Audienzsaal, wo Picquart verhört werden wird, besichtigt. Er sprach längere Zeit mit dem Aufseher und veranlaßte die Herstellung mehrerer Sitzplätze. Der Saal hat nämlich nur geringen Raum und man glaubt, daß er dem Andrange des Publikums nicht genügen wird.

Paris, 7. Dezember. In den heutigen Blättern bildet das Hauptgespräch die eventuelle Kandidatur Picquarts zum Senator. Das Blatt „Cloche" bemerkt hierzu: Die Kandidatur wird nur dann erfolgen, wenn Picquart vom Kriegsgericht verurtheilt werden sollte. Durch eine Wahl zum Senator werde Picquart jedenfalls den Händen seiner Verfolger entrissen, wenn, so schreibt das Blatt, die Bevölkerung von Paris überhaupt eine Verurtheilung zuläßt.

Madrid, 7. Dezember. Die Grenzbehörden von Irun haben wiederum eine große Ladung Waffen beschlagnahmt, welche über die französische Grenze geschafft werden sollten. Die Karlisten bemühen sich, jeden Versuch einer Auflehnung von sich abzulenken und die Republikaner zu beschuldigen, eine Revolution herbeiführen zu wollen.

Newyork, 7. Dezember. Bei dem Panama-Unternehmen sind augenblicklich 3500 Arbeiter beschäftigt.